



Gorleben Rundschau

März / April 2014 • # 1018 / 1019

Endlager-Kommission

Gefahren der Bürgerbeteiligung



**Tschernobyl und Fukushima
Nebel des Schweigens**

**Castor 2015
Lücke im Atomgesetz**

**Castor 2015
JETZT
verhindern**

„Kommen Sie da runter!“

Vor zehn Jahren hörte ich in der Novembarkälte im Wendland das Wort „Gewahr-sam“ zum ersten Mal. Ich bin Französin, und dieses Wort war mir im Deutschunterricht nicht vermittelt worden. Doch es schreckte mich nicht, die unglaubliche Wendlandstimmung beeindruckte mich tief. Mein auf dem „Wendlandsommercamp“ gewonnenes Wissen konnte ich am Jahr darauf umsetzen: Aus Protest gegen einen Castortransport nach Gorleben kettete ich mich in der Nähe des französischen Nancy an die Schiene. Dann wurde ich verhaftet.

Noch im Gewahr-sam erfuhr ich von einem Ereignis, das mich bis heute prägt: Sébastiens Tod bei einer Aktion gegen den Castortransport in Frankreich jährt sich dieses Jahr zum zehnten Mal. Atomkraft tötet überall.

Ich weiß, dass der Kampf gegen die todbringende Atomindustrie ein Kampf für das Leben ist. Das hilft mir, meine Wut in Energie zu verwandeln. Ich habe seit meinem ersten Castor 2003 im Kampf für eine Welt ohne Agrar-Gentechnik, Atomprojekte, Klimakiller, Rassismus und Kriege viel erlebt.

Davon und von den Reaktionen der Staatsgewalt auf kreativen Protest erzähle ich in meinem neu erschienenen Buch. Es heißt „Kommen Sie da runter!“* – das ist der Satz, den ich bei meinen Aktionen am häufigsten höre. Er wird von der Polizei ausgesprochen und zeigt zugleich deren Ohnmacht, wenn ich mit Mitkämpferinnen und Mitkämpfern den Bütteln des Atomstaats mit unzähligen Kletteraktionen auf der Nase herumtanze.

Die Kurzgeschichten sind mal fröhlich und mal ernst geschrieben und erinnern daran, dass Widerstand eine Frage unbegrenzter Fantasie sein kann. In diesem Sinne: Seid weiterhin kreativ und unbequem! Indignez-vous! Empöret euch!

Cécile Lecomte
Aktionskletterkünstlerin

* Verlag Graswurzelrevolution -
ISBN: 978-3-939045-23-6

GRUSSWORT





Liebe Leserinnen und Leser,

auch die Demokratie ist eine Staatsform, die sich noch stetig weiterentwickeln muss, zumindest verlautbaren dies stets ihre Repräsentanten aller parlamentarischen Ebenen. Neben dem Schutz von Minderheiten vor der Willkür der Mehrheit fallen hier stets die Stichworte Transparenz, Open Government und Bürgerbeteiligung. Im Bereich der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zählt die Beteiligung der Öffentlichkeit längst zum internationalen Standard, allerdings ist die Frage, wer hier eigentlich an was beteiligt werden soll und muss, noch völlig offen. Überall da, wo Betroffene in den letzten Jahren bei industriellen Großprojekten eingebunden wurden, stellten sie fest, dass ihre Einwirkungsmöglichkeiten nur sehr gering ausfielen und substanzielle Rechte ihnen verweigert wurden. Wo-

möglich wurden sie nur hinzugezogen, um Vorhaben zu legitimieren und zu realisieren. Zu der Frage der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche hat Jan Becker mit der Rechtsanwältin und Mediatorin Ulrike Donat gesprochen. Die Frage der Beteiligung an der Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfälle wird uns auch in dieser Ausgabe weiter beschäftigen. Während die Umweltministerin zur Eile mahnt, führen Umweltverbände und Initiativen Ende März eine Tagung zum Atomülldesaster durch. Dass der Müll auch irgendwo herkommt, zeigt uns nicht nur der geplante Neubau eines Atomkraftwerks in Finnland, sondern Günter Hermeyer wagt auch den Blick über den Tellerrand zur Rolle des französischen Konzerns AREVA beim Uran- und Atomgeschäft in aller Welt. Zum vierten Jahr der andauernden

Fukushima-Katastrophe und zum Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl berichtet Alexander Neureuter vom radiologischen und humanitären Leid, welches die Atomkraft bereits in der Welt angerichtet hat und stellt sein neues dokumentarisches Buch vor. Wie im Wendland 30 Jahre Widerstandsgeschichte archiviert werden, berichtet Asta von Oppen und ruft uns damit natürlich auch gleich auf, weiter Geschichte zu machen. Ein Projekt, welches besser Geschichte wäre, ist das Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter, Ursula Schönberger von der dortigen Arbeitsgemeinschaft erklärt uns den Stand der Dinge. Neben einer ganzen Menge Widerstand zwischen den Zeilen macht uns schließlich Wolfgang Ehmke klar, warum wir den Castor auch dieses Jahr wieder verhindern müssen, bevor er losfährt.

Martin Donat, Vorsitzender der BI

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Anschrift: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure:
Andreas Conradt, Torsten Koopmann
(Anschrift wie oben)

Redaktion: Jan Becker, Andreas Conradt,
Wolfgang Ehmke, Marianne Fritzen, Torben
Klages, Anja Meyer

Gestaltung: Andrea Hagen
Korrektorat: Franziska Behn

Druck: Buchdruckerei Otto Dennstedt,
Lange Straße 29, 29451 Dannenberg
Auflage: 4500, gedruckt auf Recyclingpapier
Cyclus Print

Die Gorleben Rundschau ist eines der wichtigsten Werkzeuge zur Verbreitung unserer Nachrichten. Aber ihre Erstellung kostet auch viel Geld. Bitte spendet:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL

Wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau künftig nicht mehr erwünscht ist, bitten wir Euch um Nachricht:
Tel.: 05841 - 4684 oder
service@gorleben-rundschau.de

Allerlei weiterführende Links zu Artikeln in der Gorleben Rundschau gibt es auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de



BI.Luechow.Dannenberg.e.V



@gorleben



Bi LuechowDannenberg



Website-News per RSS

Leserbriefe veröffentlichen wir auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de. Dort könnt Ihr auch Lob, Kritik und Anregungen posten.

GEFAHREN DER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Jan Becker im Gespräch mit der Rechtsanwältin Ulrike Donat

Mit einem Neustart der Endlagersuche soll alles besser werden, was in der Vergangenheit mit der politischen Festlegung auf den Standort Gorleben falsch gelaufen ist. Unter anderem sollen auch die Bürger an dem Auswahlverfahren beteiligt werden, auch um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten. Ulrike Donat, Rechtsanwältin aus Hamburg, nimmt Stellung zu den Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren der angekündigten Öffentlichkeitsbeteiligung.

Gorleben Rundschau: „Was bedeutet hier eigentlich ‚Öffentlichkeitsbeteiligung‘? Wen will die Bundesregierung an was konkret beteiligen?“

Ulrike Donat: „Das ist im Endlagersuchgesetz nicht geklärt. Eine Frage ist, wer die sogenannten ‚stakeholder‘, also die Interessenvertreter für bestimmte Interessengruppen, sein sollen. Da sehen wir jetzt ja schon bei der Endlagerkommission, dass nicht ‚die Öffentlichkeit‘ betei-

Suche nach einem echten inhaltlichen Konsens gibt Raum für alle Zweifelsfragen und zwingt zu echten Auseinandersetzungen um Zweifelsfragen mit dem Ziel einer guten, von allen getragenen Lösung jenseits von Machtspielen. Von einem solchen Konzept sind die gegenwärtigen Modelle in der Endlagerdiskussion weit entfernt. Die bisherigen Diskussionen sind zu nah an der Frage von Rechtsansprüchen der Betreiber und zu fern von echten Ansätzen für eine Lösung dieser Vielgenerationenaufgabe atomare Endlagerung. Ziel muss maximale Sicherheit für die nachfolgenden Generationen sein und nicht eine billige Lösung für die Atomkonzerne! Echte Öffentlichkeitsbeteiligung definiert am Anfang in einer gemeinsamen Diskussion gemeinsame Ziele.“

GR: „Wenn plötzlich ganz viele Menschen mitreden, kann das zielführend sein? Denn irgendwo muss der Atommüll schließlich hin.“

„Das Vertrauen in die politischen Eliten ist vollständig erschüttert, keine wissenschaftliche Autorität wird mehr anerkannt, Bürgerinitiativen haben sich in einer Wagenburg verschanzt, die Energiekonzerne stecken sich aus der Verantwortung. Wer sich ernsthaft mit der Organisation von Bürgerbeteiligung befasst hat, möchte vor einer solchen Ausgangsszenarie davonlaufen.“ (Zitat aus: Leggewie & Nanz, Süddeutsche Zeitung, November 2012).

ligt werden soll, sondern nur bestimmte, willkürlich ausgewählte Interessengruppen wie Kirche, Gewerkschaften, Naturschutzverbände. Die unorganisierte Öffentlichkeit ist nicht beteiligt, die kulturelle Auswahl ist nach meiner Auffassung engstirnig, denn von den Folgen der atomaren Strahlung sind alle betroffen, nicht nur die, die sich traditionell und organisiert in politische Debatten einmischen und dafür von ihren Organisationen auch noch bezahlt werden. Eine andere, und viel wichtigere Frage ist der Umfang der Mitbestimmung bei der Auswahl des Endlagerstandortes und den Sicherheitsfragen der Lagerung. Häufig wird es schon ‚Öffentlichkeitsbeteiligung‘ genannt, wenn die Bevölkerung nur informatorisch angehört wird, etwa über Internetseiten oder bei Informationsveranstaltungen. Eine echte Beteiligung garantiert aber auch Einflussnahme auf das sachliche Ergebnis der Diskussionen. Das geschieht im Allgemeinen über Konsensmodelle oder Vetorechte und nicht durch Mehrheitsabstimmungen. Erst die

Donat: „Beteiligung vieler garantiert die Beachtung der sogenannten ‚Schwarmintelligenz‘: es wird weniger übersehen, und es ist Raum für innovative Ideen. Wir alle haben ja die Erfahrungen aus den Sprecherräten der gewaltfreien Bewegung: Viel weiß viel und kann trotzdem in angemessener Zeit zu Lösungen kommen, wenn es denn gemeinsame Ziele gibt (wie zum Beispiel langfristig möglichst sichere Lagerkonzepte). Die Probleme der Entsorgung von Atommüll sind in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt. Viele denken schon jetzt, der Müll lagere in Gorleben untertage. Wenn wir in die Vergangenheit schauen, merken wir, dass die Öffentlichkeit – Anwohner, Bürgerinitiativen, besorgte Wissenschaftler, besorgte Bürgerinnen und Bürger, die Bauern – bislang die einzigen Sicherheitsgaranten waren. Politik und Industrie hätten ohne den Widerstand aus der Bevölkerung ganz Deutschland mit Atomkraftwerken zugestraft und den Müll wie zum Beispiel in der Asse einfach irgendwo abgekippt.

Erst die Fragen und der Widerstand aus der Bevölkerung sorgen für verlässliche Sicherheitskonzepte und geben den Generationen der Enkel und Urenkel eine besorgte Stimme. Politik, Industrie und Finanzwelt denken nur kurzfristig! Ziel einer Beteiligung muss es sein, aufzuklären, Zweifel zu äußern, größtmögliche Sicherheit einzufordern. Dabei müssten Beteiligungsformen in Gremien zum Beispiel echten Beteiligungsverfahren mit Druck von außen Hand in Hand gehen. Beide Seiten des Engagements besorgter Menschen dürfen sich nicht spalten lassen. Das ist eine Erfahrung aus 40 Jahren Anti-Atom-Geschichte. Nur heute reicht es leider nicht mehr, Verhinderungspolitik zu betreiben, denn der Müll ist da. Er muss raus aus den Zwischenlagern – da kann er nicht bleiben! – und es braucht Lagerungskonzepte, die nicht an den Kosten, sondern an Sicherheit ausgerichtet sind. Wer, wenn nicht die kritische erfahrene Anti-Atom-Bewegung könnte hierfür verlässlich und vertrauenswürdig eintreten und die richtigen Fragen und Forderungen stellen?“

GR: „Atommüll-Endlagersuche ist derart komplex, dass viele Menschen, die keine Experten sind, gar nicht mehr überblicken, worum es im Detail am Ende geht. Damit werden sie sich vermutlich nicht beteiligen können. Wie kann dieses Problem gelöst werden?“

Donat: „Ja, das ist ein Riesenproblem. Es ist komplex, und es ist sehr bedrohlich – da wenden wir uns lieber ab. Aber eine derartige Menschheitsaufgabe kann nicht von einigen wenigen, womöglich noch wirtschaftlich Interessierten, entschieden werden. Wir haben das weitere Problem, dass es auch fast keine unabhängigen Wissenschaftler und Berater gibt und dass die Atomindustrie viel Geld investieren kann, um ihre Lösungen als die angeblich besten zu verkaufen. Aber nur, wenn wir Modelle immer wieder und wieder diskutieren, nur wenn sich viele beteiligen, nur wenn Informationen breit gestreut werden, können wir die Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen übernehmen. Es braucht integre Menschen und Informationszugang, es braucht auch Geld für die Beratung und Unterstützung der ‚Laienvertreter‘, und es braucht auch Geld für Zeitaufwand und Freistellung der Delegierten. Ich bin überzeugt, dass nur maximale Diskussion und maximale Offenheit überhaupt halbwegs taugliche Lösungen hervorbringen kann. Und ich

weiß andererseits, dass auch Politiker, die bislang darüber zu entscheiden haben, die komplexe Materie nicht genug verstehen, um darüber zu entscheiden. Machthaber delegieren gerne die Entscheidung an ‚Unterabteilungsleiter‘, damit sie hinterher nicht für schlechte Entscheidungen auf ungenügender Informationsbasis geradestehen müssen. Oder sie haben – wie in der Vergangenheit – im Zusammenwirken mit Bundesinstitutionen wissenschaftliche Ergebnisse geschönt und gefälscht, um ihre wirtschaftsorientierten Entscheidungen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Nur mit einer wirklich breiten Beteiligung, Informationsaustausch, Diskussion kann man die Entscheider in eine fundierte Verantwortung zwingen.“

GR: „Wie können wir uns vorstellen, was die Bundesregierung nun ‚anders‘ machen will als im Fall Gorleben. Soll es wie beim „Gorleben Dialog“ im Internet Videos der Debatten geben, die sich jede/r interessierte Bürger/-in live anschauen darf? Oder gibt es eine ganz neue Idee?“

Donat: „Sinnvolle Konzepte sind mir bisher wenig bekannt. Es gibt einige Partizipationsspezialisten, die sich hierüber Gedanken gemacht haben, aber es ist ein innovatives Projekt wegen der schwierigen wissenschaftlichen Fragen, der Komplexität des Themas und der ungeheuren Langfristigkeit der zu findenden ‚Lösung‘. Man muss den Atommüll ja gut – mit guten Informationen! – weitergeben von Generation zu Generation. Es gibt andere, die oberflächliche Ideen von Beteiligung haben, etwa aus der Diskussion um Umgehungsstraßen oder Altlasten-

sanierung, aber das, was jetzt erarbeitet werden muss, sprengt jeden bisher bekannten Rahmen. Meine Kriterien sind: echter Einfluss auf das Ergebnis, freie Information, unabhängige Moderatoren (gegebenenfalls ein Team aus verschiedenen Gruppen und Schulen), ein Vertreter der künftigen Generationen mit Veto-rechten, um nur einige zu nennen. Die bisherigen Internetkonzepte waren ein netter Ansatz, aber absolut unzureichend gestaltet, vor allem war es nur eine Meinungsabfrage statt echter Beteiligung, reine Augenwischerei. Es ist zum Beispiel auch eine echte Kunst, Rückmeldungen der Beteiligten so zusammenzufassen und die weitere Diskussion zu steuern, dass sich alle wirklich verstanden fühlen. Das kann nur ein multilateral zusammengesetztes Moderatorenteam leisten. Die Moderator/-innen müssen viel Konfliktenerfahrung haben, um in dieser Komplexität einerseits alle Beteiligten wirklich zu beachten, andererseits die zwangsläufig auftretenden Spannungen zu halten. Eine solche Moderationsaufgabe darf nicht dem Billigsten übertragen werden, sondern verlangt neue Konzepte von den Beteiligungsprofis, gegebenenfalls in Zusammenarbeit. Viele Partizipationsprofis kennen zum Beispiel die Lug- und Trug-Geschichten der Atomgeschichte gar nicht und gehen daher zu naiv an die Aufgabe heran.“

GR: „Gibt es vergleichbare Beispiele von ähnlicher Tragweite, bei denen Öffentlichkeitsbeteiligung funktioniert hat?“

Donat: „Nein, dieses Projekt ist einmalig. Aber deswegen ist es auch eine Chance für neue politische Konzepte des Miteinanders. Atommüll darf nicht weiter hin-



und hergeschoben werden – wir, das heißt die ganze Gesellschaft, müssen ihn verantwortlich verwahren. Diese Aufgabe muss zeitnah gelöst werden, denn nach dem Ende der Atomnutzung verfällt das Wissen rasch, das Geld verschwindet, die Strahlung bleibt. Wir können uns nicht davonstellen. Es gibt allerdings Erfahrungen aus anderen Ländern – zum Beispiel der Schweiz –, die ausgewertet werden und aus weniger komplexen Projekten – zum Beispiel bei Großflughäfen –, die weiterentwickelt werden müssen.“

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

In eigener Sache

Als Anna und Andreas von Bernstorff kürzlich wegen ihres Engagements gegen ein Atommüllendlager in Gorleben der Bremer Friedenspreis 2013 verliehen wurde, war sich das gräfliche Paar schnell einig: Ein Großteil des mit dem Preis verbundenen Geldes soll an die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) fließen. „Wir schätzen die Öffentlichkeitsarbeit der BI sehr“, sagte Anna von Bernstorff bei der Übergabe des Geldes im Büro der Bürgerinitiative, „und wir wissen, dass hier engagierte Menschen auch ohne Castor in allen Bereichen hervorragende Arbeit leisten.“ Dabei sei auch die neu gestaltete Gorle-



ben Rundschau (GR) ein gutes Medium, um die Bandbreite der BI-Arbeit nach außen zu transportieren. „Wir haben den

Preis in der Kategorie ‚Öffentliches Wirken‘ erhalten und möchten gerade deshalb die Zeitschrift unterstützen.“ Die Eheleute lobten den sachlichen Stil und das neue Erscheinungsbild der GR. Andreas von Bernstorff: „Sie legt den Finger auf die Wunde, ohne dabei Kampfblatt zu sein. Diese Seriosität verleiht der Gorleben Rundschau Gewicht.“ BI-Kassenwart Klaus Longmuss betonte im Gespräch die deutlich gestiegenen Produktionskosten der Rundschau und zeigte sich dankbar für die Spende der Bernstorffs. Sie wurde vom BI-Vorsitzenden Martin Donat und einem der verantwortlichen Redakteure der GR, Andreas Conradt, entgegengenommen.

EINE FRAGE DES UMGANGS

von Martin Donat



Umweltverbände und Bürgerinitiativen lehnen die Endlager-Kommission unisono ab. Dabei war die Einsetzung einer solchen Enquete einstmals sogar ihre eigene Forderung – allerdings unter der Maßgabe, dass zunächst offen über die Handhabung der strahlenden Hinterlassenschaft diskutiert wird. Nun findet Ende März die öffentliche Tagung der Umweltbewegung „Auf der Suche nach einem vernünftigen Umgang mit dem Atommüll in Deutschland“ statt, an der jede/r teilnehmen kann – und sollte.

Den Wendländern sagt man bisweilen nach, sie seien ziemlich stur und unbeweglich. In Betonpyramiden und im Gleisbett mag das zutreffen, an laufend angepasster, fachlich fundierter Kritik und an Lösungsvorschlägen hat es jedoch nie gemangelt. Auch dass Umweltverbände und Initiativen bislang keine Vertreter für die „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ zur Endlagerdurchsetzung entsandt haben, stößt teilweise auf Unverständnis und wird medial bisweilen als sture Blockadehaltung aufgefasst. Die atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, Sylvia Kotting-Uhl, spricht in einem offenen Brief gar von „Verweigerung“. Den Leser/-innen der Gorleben Rundschau ist jedoch bekannt, dass es auch in der pluralistischen Bewegung und im Wendland durchaus verschiedene Positionen zu der Frage der Entsorgung gibt. Von Streit oder Uneinigkeit kann dabei überhaupt keine Rede sein. Stattdessen wird ein fruchtbarer Disput über Chancen und Risiken von Beteiligung und Vereinnahmung geführt.

Mitnichten nämlich hat die Umweltbewegung sich bisher der Debatte verweigert. Vielmehr haben Verbände und Initiativen keine Gelegenheit ausgelassen, qualifi-

ziert Stellung zu beziehen und eindeutige Forderungen formuliert. Es war die Bundespolitik, die sich beratungsresistent verweigerte. Sicherlich ist anzuerkennen, dass nach drei Jahren unzweideutiger Beweisaufnahme im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben (PUA) eine gewisse Neuausrichtung nicht von der Hand zu weisen ist. Zwei völlig gegensätzliche Abschlussberichte von ehemaliger Regierung und Opposition machen jedoch deutlich, dass Motivation und Zielrichtung unterschiedlicher nicht sein könnten. Während die eine Seite es mit der Ergebnisoffenheit des Verfahrens ehrlich meinen könnte, macht die andere Seite keinen Hehl daraus, dass sie alles daran setzen wird, auch am Ende des jetzt gewählten Verfahrens Gorleben legitimiert zu haben. Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Politik die Lösung des epochalen Atommüllproblems gar nicht gelingen kann, weil man schon die Analyse des Problems nicht teilt.

Nach Jahrzehnten polizeilichen Durchknüppelns und zahlreichen Überrumpelungs-, Bestechungs- und Vereinnahmungsversuchen ist man im Wendland sehr vorsichtig mit sogenannter Beteiligung geworden. Man könnte auch dies wieder wendischer Sturheit zuordnen, aber zum großen Bedauern aller Betroffenen hat sich bislang noch jedes Misstrauen in Bezug auf Gorleben bewahrt. So ließ auch der aktuelle „Neuanfang“ die geringsten vertrauensbildenden Maßnahmen schmerzlich vermissen, selbst wenn in die zweitrangige Frage von Castortransporten inzwischen Bewegung gekommen zu sein scheint. Mit dem alten Planfeststellungsbeschluss, dem Rahmenbetriebsplan, der Veränderungssperre und den Definitionslücken im Atomgesetz weisen trotz gesetzlichen

Standortvergleichs eine Fülle von Hintertürchen in die altbewährte Richtung. Die Vorfestlegung auf den einzigen im Gesetz genannten Standort ist Programm. Dabei war die Einsetzung einer pluralistischen Kommission ursprünglich sogar die Forderung von Initiativen und Verbänden, allerdings nicht nach einem detaillierten Gesetz, sondern deutlich davor. Die Intention einer vergleichenden Endlagersuche hätten die Parteien dabei schadlos in einem Rahmengesetz festhalten können. Die Ausformulierung bereits etlicher unwiderruflicher Details wie die Einsetzung eines neuen Bundesamtes mit weitreichenden Kompetenzen erfolgte mit Sicherheit nicht zufällig. Auch das

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de



Totschlag-Argument des fragilen historischen Kompromisses am Küchentisch eines Umweltministers entzog alle Vereinbarungen nicht nur der öffentlichen, sondern auch der kritischen parlamentarischen Debatte.

Doch Umweltverbände und Initiativen stecken ob der Schein-Kommission keinesfalls untätig den Kopf in den Sand. Sie reagieren auf ihre Weise und führen am 28. und 29. März im Umweltforum der Auferstehungskirche in Berlin-Mitte eine Tagung durch. Der Name ist Programm: „Auf der Suche nach einem vernünftigen Umgang mit dem Atommüll in Deutschland“. Diskutiert wird unter anderem zur Frage der unverzichtbaren Bedingungen und Voraussetzungen für eine Beteiligung an der Endlager-Kommission.

Die Einladung richtet sich an verschiedenste Zielgruppen, doch auch und gerade atomkritische Einzelpersonen sind besonders aufgerufen, sich an dieser Stelle in die Atommülldebatte einzubringen!

Kein Streit in der Anti-Atom-Bewegung Pressemitteilungen zusammengefasst

Da hat sich der *Spiegel* einen schönen Bären aufbinden lassen – oder besser gesagt eine Ente: „Irgendwer versucht offenbar, den Umweltverbänden die Verantwortung für etwas zuzuschieben, bei dem ganz andere nicht vorankommen oder in völlig falsche Richtungen gehen,“ kommentiert Jochen Stay von der Anti-Atom-Initiative. „ausgestrahlt eine Falschmeldung über Streit in der Anti-Atom-Bewegung im Hamburger Nachrichtenmagazin vom 27. Januar.“

Hintergrund der Zeitungs-Ente könnte sein, dass Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) und die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, mit zunehmendem Druck an die Umweltverbände appellieren, die für sie vorgesehenen zwei Plätze in der 33-köpfigen Atommüll-Kommission einzunehmen.

„Seit Dezember liegt den Bundestagsfraktionen und dem Umweltministerium ein Brief der Umweltverbände vor, in dem sie einerseits erklären, dass sie unter den derzeitigen Bedingungen die Plätze in der Kommission nicht einnehmen werden, andererseits aber ihre Gesprächsbereitschaft signalisieren,“ erklärt Jochen Stay.

In dem Brief heißt es: „Falls Sie uns und weitere Repräsentanten der Umweltverbände und Bürgerinitiativen zu einem Gespräch einladen wollen, was uns von der Beteiligung in der Kommission abhält und ob die Hinderungsgründe überwindbar sind, würden wir an einem solchen Treffen teilnehmen.“

Seither gibt es immer wieder öffentliche Appelle oder gar Vorwürfe in Richtung der Anti-Atom-Bewegung, aber keine Einladung zum Gespräch. „Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker mutmaßen in der Presse über uns und unsere Beweggründe und stellen falsche Behauptungen über unsere Motivation auf, statt direkt mit uns darüber zu sprechen, ob und wie sich unsere Bedenken ausräumen lassen“, so Stay.

Dieser „schlechte Stil“ stärke nicht gerade das Vertrauen, dass der neue Prozess in Sachen Atommüll ohne die üblichen politischen Spielchen auskomme und als ehrlicher Dialog auf Augenhöhe gemeint sei.

„Richtig ist“, so Jochen Stay weiter, „dass in den Umweltverbänden intensiv darüber nachgedacht wurde, ob die Mitarbeit in einer Kommission unter den derzeitigen Bedingungen überhaupt Sinn macht.



Niemand würde leichtfertig ‚Nein‘ zu etwas sagen, wenn es Aussicht auf Erfolg verspräche.“ Doch nach reiflicher Abwägung gebe es augenblicklich keinen einzigen Umweltverband, der sich unter den aktuellen Rahmenbedingungen vorstellen könne, an dieser Kommission teilzunehmen. Verbände und Bürgerinitiativen haben jedoch ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber der Politik erklärt, um herauszufinden, ob sich diese ungünstigen Bedingungen so verändern lassen, dass eine erfolgversprechende Zusammenarbeit möglich wird. „Wir warten diesbezüglich auf eine Gesprächseinladung der Bundestagsfraktionen.“

Die Anti-Atom-Bewegung habe maßgeblich dazu beitragen, ein Bewusstsein für die Risiken der Atommüll-Lagerung und -Produktion zu schaffen und den Blick immer wieder auf das Ziel der größtmöglichen Sicherheit im Umgang mit dem atomaren Müll gelenkt. „Diesem Ziel ist sie seit Jahrzehnten verpflichtet, ja, es ist seit jeher eines der Hauptmotive von uns Atomkraftgegnern“, so Stay.

Eine Würdigung dieses Engagements fehle bislang ebenso wie eine konsequente Fehleranalyse der Politik: „Bisher ist es schließlich die staatliche Seite, die die Risiken schon kurzfristig nicht in den Griff bekommt.“ Stichworte dafür seien die Asse, Morsleben, Gorleben und die Zwischenlager-Hallen an den Atomkraftwerken, die nicht gegen Abstürze von großen Verkehrsflugzeugen ausgelegt seien.

„Wenn wir uns in der Vergangenheit mit der Politik an einen Tisch gesetzt haben, sind wir oft genug im Handumdrehen über denselben gezogen worden. Die Rahmenbedingungen der Kommission sehen aktuell leider so aus, dass wir befürchten müssen, dass sich dies wieder

holen wird. Wir wollen jedoch nicht zum Feigenblatt für ein untaugliches Verfahren werden.“ Die Anti-Atom-Bewegung sei jedoch bereit daran mitzuarbeiten, aus dem untauglichen Verfahren schlussendlich doch noch ein taugliches zu machen.

„Im Unterschied zu den Parteienvertretern, die in Küchengesprächen die Konturen des Standortwahlgesetzes ausgehandelt haben, diskutieren die Umweltverbände und Anti-AKW-Initiativen offen und öffentlich über die Mängel des Gesetzes“, stellt auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) klar. Ein solcher wichtiger Baustein sei die öffentliche Konferenz Ende März in Berlin, die von den Umweltverbänden derzeit vorbereitet wird.

„Große Einigkeit herrscht in der Sache. Das Gesetz enthält Lücken und Schlupflöcher, um Gorleben als Zielort für Castortransporte im Spiel zu halten und als Endlagerstandort durchzusetzen“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Heftigen Anstoß nehme man auch an der Doppelstruktur, die dieses Gesetz vorschreibt: „Einerseits startet eine neue Superbehörde, das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BkE), die Arbeit und soll Endlagerkriterien und Standorte benennen. Zugleich soll die Endlagerkommission mit einem ähnlichen Auftrag die Arbeit aufnehmen. Ob deren Ergebnisse am Ende überhaupt vom Bundestag angenommen werden, obliegt wieder parteipolitischem Einfluss“, kritisiert die BI. „Ob die Mitarbeit in eine Mitmachfalle mündet, oder ob es gelingt, die Prämissen einer Mitarbeit zu klären, wird weiter diskutiert. Eine wichtige Voraussetzung ist für uns, dass die Arbeit des BkE zurückgestellt wird. Die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ist da am Zug.“

Finnland stoppen!

Europäisches Recht macht's möglich: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) engagiert sich jetzt auch in Finnland, und zwar gegen den Bau weiterer AKWs durch das finnische Konsortium Fennovoima und den russischen Staatskonzern Rosatom. Zwar gab es bereits 2009 eine positive Entscheidung der Regierung. Jetzt wird das Verfahren jedoch neu aufgerollt, weil Rosatom einen anderen Reaktortyp plant als die aus dem Projekt ausgestiegene E.ON. Dieser russische Reaktortyp wurde bislang noch keinem westeuropäischen Genehmigungsverfahren unterzogen. Die Firmen stehen unter Zeitdruck, weil sie bis Juli 2015 den Bauantrag stellen müssen, zu-

weitere Infos im Internet

www.gorleben-rundschau.de



vor aber die Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschlossen sein muss.

Über 100 Einwendungen aus zehn Ländern wurden bereits im Scoping-Verfahren gegen das Projekt erhoben, und auch die BI hat eine Einwendung verfasst. In der ersten Jahreshälfte 2014 soll die Umweltverträglichkeitsstudie vorgelegt werden. Es sollten dann möglichst viele Menschen einen Stopp des AKW in Finnland fordern und sich sowohl für eine deutsche Übersetzung der gesamten Studie als auch für die Durchführung von öffentlichen Beteiligungsterminen in Deutschland einsetzen. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg wird sich auch weiter international engagieren. Mehr Informationen dazu auf der Website der Gorleben Rundschau. *Margarete Langer*



WIDERSTANDS-INFRASTRUKTUR

Die Demo-Sanis

Um lange Demonstrationen und Protest-Aktionen erfolgreich durchführen zu können, ist das körperliche Wohl der Teilnehmenden unabdingbar. Gleich nach einer guten Verpflegung gehört dazu eine ständig verfügbare, verlässliche medizinische Versorgung im Notfall. Ein unschätzbar wichtiger Teil der Infrastruktur des wendländischen Widerstands sind die ehrenamtlich arbeitenden Sanitäter. Sie begleiten Trecks, Demonstrationen und Aktionen wie selbstverständlich und versuchen, immer da zu sein, wo's nötig werden könnte. Ziel der Demo-Sanis ist es, mit ausreichend Personal an den Orten des Geschehens zu sein und dabei eine selbstorganisierte medizinische Versorgung sicherzustellen, um die Anonymität von Verletzten wahren zu können – selbst dann, wenn sie an einen von den Sanis vermittelten Krankenwagen übergeben werden müssen. Während der Castortransporte wird sogar regelmäßig eine Sani-Zentrale eingerichtet, in der Einsätze im weitläufigen Wendland koordiniert werden und die auch als Anlaufstelle für hilfswillige auswärtige Ärzte und Sanitäter dient. Hier gibt es auch einen sogenannten „Out of Action“-Bereich in dem sich erschöpfte Menschen ausruhen dürfen. Nach dem eigentlichen Einsatz vermitteln die Sanitäter nötigenfalls auch Psychotherapeuten, denn Gewalt in den Auseinandersetzungen kann traumatisieren. Die Demo-Sanis sind immer als solche gekennzeichnet. *Andreas Conradt*



**Verhindert die
Atommülltransporte
ins Wendland**

VOR 30 JAHREN

„Wir machen den Landkreis dicht!“

„Atomtransporte ins Wendland“ kündigten die Atombetreiber per Lokalzeitung Anfang 1984 an. „Wir machen den Landkreis dicht“ und „Keine Atommülltransporte ins Wendland“ konterten die BI und zahlreiche Gruppierungen. Gemeinsam mit der Friedensbewegung begann die Vorbereitung für die „Menschenkette“ am 24. März. 32 Kilometer lang war die Strecke zwischen Hitzacker und Clenze. Eisiger Wind, Regen und Sturm hielten dennoch etwa 12 000 Menschen nicht davon ab, sich die Hände zu reichen. Die zweite Aktion am 29. April – nicht genehmigt durch das Ordnungsamt – schreckte die Menschen nicht ab, der Aufforderung durch eines der berühmtesten Plakate der Gorleben-Geschichte zu folgen: „Tag

X – Verhindert die Atommülltransporte ins Wendland“. Gezeigt wurde ein großes X, dazwischen dünne Kiefernstämmen. 1985 wurde das Originalplakat inkriminiert wegen angeblichen Aufrufs zur Gewalt. Zahlreiche Hausdurchsuchungen wurden durchgeführt und Prozesse in Gang gesetzt. Martin Mombaur, ehemaliger BI-Sprecher und 1985 Landtagsabgeordneter, übernahm mit seiner Landtagskollegin die alleinige Verantwortung für das Plakat. Der Vorwurf der „Aufforderung zur Gewalt“ wurde am Ende obsolet durch den schönsten Spruch über Kunst, den ich kenne. Joseph Beuys, dessen 25. Todestag wir zurzeit gedenken, schrieb auf das Plakat „Menschengemässe Kunst muss 1. die Zerstörung des Menschengemäßen verhindern und 2. das Menschengemäße aufbauen – nur das ist KUNST und sonst gar nichts“. Damit wurde das Plakat selbst zur Kunst und konnte nicht mehr verboten werden. Es ist bis heute Symbol für den Widerstand geworden und inzwischen x-tausendfach gedruckt. *M. Fritzen*

AREVA – AUSBEUTUNG WELTWEIT!

von Günter Hermeyer



Der Abbau des für die Herstellung von Kernbrennstoffen erforderlichen Urans ist so umwelt- und gesundheitsschädlich, dass dies heutzutage in keinem westlichen Industrieland mehr hingenommen würde. Im fernen Afrika operieren europäische Firmen – allen voran der französische Staatskonzern AREVA – jedoch weitgehend unbeobachtet und weitab aller Medienpräsenz. Dort werden Land und Bevölkerung gnadenlos ausgebeutet.

Letztes Jahr hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) den weltweit operierenden Konzern AREVA für den Black Planet Award, den Schmähepreis der Ethecon Stiftung vorgeschlagen. Als ebenso „würdiger“ Konzern wurde von Ethecon die Deutsche Bank zum „Preis“-Träger gewählt, die für ihren japanischen Kunden Tepco Unternehmensanleihen herausgab und auch Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen im Uranbergbau unterhält. AREVA ist Weltmarktführer auf dem Gebiet der Nukleartechnik. Der Konzern ist im Besitz des französischen Staates: 79 Prozent der Anteile gehören dem Commissariat à l'énergie atomique et aux énergies alternatives (Kommissariat für Kernenergie und alternative Energien), 8,4 Prozent direkt dem französischen Staat, 3,6 Prozent der Caisse des Dépôts et Consignations (staatliches Finanzinstitut). Das Unternehmen AREVA entstand 2001 durch die Fusion mehrerer Firmen, unter anderem der Cogéma, die in Cap de La Hague die französische Wiederaufarbeitungsanlage betreibt, und dem Reaktorbauer Framatome. AREVA ist in alle Stufen des „Nuklearkreislaufs“ involviert – Uranabbau, Urananreicherung, Reaktorbau, Plutoniumfabrik, Wartung von Atom-



anlagen und Atomtransporte. Auch die Brennelementefabrik in Lingen wird zu 100 Prozent von AREVA betrieben. Der Vorschlag der BI, den AREVA-Konzern für den Black Award vorzuschlagen, hat seinen Grund vor allem im operativen Geschäft in Afrika. Die Ausbeutung eines Landes wie dem Niger allein prädestiniert AREVA für diese „Auszeichnung“. Im Norden des westafrikanischen Niger fördern AREVA NC (AREVA Niger) und ihre Tochterfirmen COMINAK (früher COGEMA) und SOMAIR seit 1968 mehr als 100 000 Tonnen Uran. Rund um die Städte Arlit und Akokan sollen sich mittlerweile rund 35 Millionen Tonnen Abraum türmen. Schon am Anfang der nuklearen Kette sind die Zustände entgegen der Darstellung auf der AREVA-Niger-Website desaströs. Etwa die Hälfte des Urans für die französischen Atomkraftwerke kommt aus dem Niger, das trotzdem eines der ärmsten Länder weltweit ist. Die Arbeiter in den Minen sind dem radioaktiven Staub und dem frei werdenden Radongas ohne Schutz ausgeliefert. Unterschiedliche Krebsarten, meistens Lungenkrebs, sind die Folge und werden vom konzerneigenen medizinischen Dienst unter anderem auf die Lebensweise der Bevölkerung geschoben, Entschädigungsklagen immer wieder abgewiesen. Der Tuareg Almoustapha Alhacen gründete im Jahr 2001 die Organisation Aghirin Man (Schutz der Seele), als er merkte, dass viele Arbeiter in den Uranminen an rätselhaften Krankheiten starben. Vom AREVA-eigenen medizinischen Dienst vor Ort wurden hingegen Aids

oder Tuberkulose diagnostiziert, jedoch niemals berufsbedingte Krebserkrankungen. Mit gleichen Auswirkungen war AREVA in verschiedenen Ländern Afrikas tätig und mit der Aussicht auf neu zu erschließende Uranminen indirekt auch Teil der Gründe für den französischen Militäreinsatz in Mali. Neue Verträge mit der Mongolei sichern dort die weitere Ausbeutung von Land und Menschen. Die BI fordert einen sofortigen Stopp des weltweiten Uranbergbaus und damit das Aus der Atomwirtschaft.

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de



Es ist traurig

In ihrem „Referenzszenario 2013“ geht die EU davon aus, dass zum Erreichen der Klimaschutzziele der Union 69 neue Atomkraftwerke in Europa gebaut werden, davon allein im kommenden Jahrzehnt sechs in Polen und vier in Tschechien. Wissenschaftler kritisieren allerdings, dass dabei für Atomstrom unrealistisch niedrige, für Ökostrom viel zu hohe Kosten angesetzt wurden. Im ZDF-Magazin „Frontal 21“ sagte der Energiewissenschaftler Professor Christian Hirschhausen: „Die Idee, dass wir eine Klimapolitik mit dieser Technik betreiben könnten, ist an den Haaren herbeigezogen und Ergebnis einer bewussten Lobbypolitik. Es ist traurig, dass die EU-Kommission immer noch darauf hereinfällt.“

DER NEBEL DES SCHWEIGENS

von Alexander Neureuter



Nur langsam gewöhnt sich Yoshihiko (12) an das Dosimeter, das ein Jahr lang die Strahlung aufsummieren wird, der er tagtäglich ausgesetzt ist.

Es ist recht still geworden um Tschernobyl und Fukushima. Doch wie sieht es aus in der Sperrzone um Tschernobyl, mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Reaktorexpllosion? Und wie leben die Menschen in Fukushima, gut 1 000 Tage nach der Katastrophe?

12 500 Jahre alt müsste ich rein rechnerisch eigentlich schon sein. Denn laut der US-Atomaufsicht NRC beträgt die Wahrscheinlichkeit einer totalen Kernschmelze eins zu einer Million, das bedeutet bei weltweit 400 Reaktoren eine Atomkatastrophe alle 2 500 Jahre. Doch in den vergangenen 35 Jahren haben uns Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima mit ihren fünf Kernschmelzen eines Besseren belehrt.

„Doch, doch, Kartoffeln kann man in Tschernobyl nach wie vor anbauen, nur mit dem Essen muss man noch warten. Vielleicht 20 000 Jahre.“ (Igor Gramotkin, Leiter des AKW Tschernobyl)

Als Umweltjournalist bin ich in Tschernobyl und Fukushima selbst den langfristigen Folgen der Atomunfälle begegnet. Über verstrahlte, menschenleere Dörfer

und zurückgelassene, verstaubte Kinderpuppen möchte ich heute nicht schreiben.

Bedrohlicher sind in der Sperrzone von Tschernobyl die etwa 800 „Mogilniks“ (Müllgruben). Jeder dieser mit Gras bewachsenen Erdhügel verbirgt verstrahlte Fahrzeuge oder eines der radioaktiv verseuchten Bauerndörfer, die 1986 abgerissen und hastig mit Erde bedeckt wurden. Mittlerweile ist im wahrsten Sinne des Wortes Gras darüber gewachsen, darunter lauern aber weiterhin Uran, Plutonium & Co., die langsam und unaufhaltsam in das Grundwasser und die Flüsse sickern. Jedes Jahr gelangen diese äußerst langlebigen Stoffe etwa fünf Zentimeter tiefer in den Boden und haben inzwischen die Grundwasserleiter erreicht, die auch Kiew mit Trinkwasser versorgen.

Auch die tausende verstrahlten, rostigen Fahrzeugwracks habe ich nicht vergessen. Skrupellose Schrottdiebe schweißen die Lastwagen und Hubschrauber illegal auseinander und verkaufen den radioaktiven Schrott zum Einschmelzen nach China und Indien. Dort wird er so lange „verdünnt“, bis die Grenzwerte unterschritten werden und der Stahl als niedrig strahlende Kuchengabel, Teedose oder Autotür auch bei uns landet.

Strahlenschutzler warnen seit Jahren vor diesem verantwortungslosen „Recycling“.

„Ich habe zwei Töchter und ich habe ihnen gesagt: Es tut mir wirklich leid, aber bekommt bitte keine Kinder.“ (Miko Ota, Mutter aus Fukushima)

Auch in Fukushima musste ich beobachten, wie Atomlobby, Regierung und Wissenschaft das Ausmaß der Atomkatastrophe systematisch vertuschen, verschweigen und vergessen machen wollen.

Erstes Beispiel: Über 3 100 offizielle Messstationen wurden aufgestellt, um die radioaktive Belastung anzuzeigen und die Bevölkerung zu beruhigen. Doch bei Vergleichsmessungen zeigten mehr als 80 Prozent dieser Messstationen zu geringe Ortsdosiswerte an, häufig nur die Hälfte des wahren Wertes.

Die Regierung hat nun eingeräumt, dass ihre amtlichen Geräte einen Konstruktionsfehler aufweisen: Um den Messsensor des Geräts herum wurden Blei(!)-Akkus zur Gewährleistung einer unterbrechungsfreien Stromversorgung angeordnet. Blei jedoch ist eines der für

Strahlung undurchdringlichsten Materialien. Der Messfühler wird also von der eigentlich zu ermittelnden Radioaktivität teilweise abgeschirmt, sodass die Geräte schon konstruktionsbedingt bis zu 30 Prozent zu niedrige Werte anzeigen.

„Die Kernenergie ist nicht wirklich beherrschbar. Und sie verzeiht keine Fehler.“ (Ranga Yogeshwar, Atomphysiker und Fernsehjournalist)

Zweites Beispiel: Von bisher 225 000 Kindern in Fukushima wurden die Schilddrüsen untersucht und bei 46,7 Prozent Zysten und Knoten gefunden. Doch die Regierung sieht die drei Kernschmelzen nicht als Ursache für diesen unerklärlichen Anstieg und verweist auf Tschernobyl, wo erst fünf Jahre nach der Katastrophe die ersten Schilddrüsenerkrankungen festgestellt wurden. Dabei wird aber verschwiegen, dass die Ultraschallgeräte in den 1980er Jahren noch nicht so leistungsfähig waren wie heute, und dass die Moskauer Zentralregierung bis zu ihrem Ende 1991 den Wissenschaftlern in der Ukraine und Belarus verboten hatte, einen Zusammenhang zwischen Erkrankungen und dem Reaktorunfall herzustellen. Aus diesen eigentlich eher

traurigen historischen Ereignissen leitet die japanische Regierung jetzt ab, dass es auch in Japan noch keine strahleninduzierten Schilddrüsenknoten und -zysten geben kann.

Drittes Beispiel: das Programm zur Erfassung der Langzeitwirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung. Alle Schüler in Fukushima haben scheckkartengroße Personendosimeter erhalten, die sie ständig mit sich führen müssen. Lange Zeit haben die Eltern nicht verstanden, dass diese Geräte ihre Kinder nicht etwa warnen sollen, wenn sie sich an Orten mit hoher Radioaktivität aufhalten. Nein, jedes dieser Personendosimeter summiert nur über ein Jahr die Strahlendosis auf, der das Kind ausgesetzt ist, sodass die Wissenschaftler später sagen können, wie viel Strahlung der kindliche Körper aufgenommen hat, bevor der Krebs ausgebrochen ist. 360 000 Kinder werden also wissentlich als Versuchskaninchen missbraucht! Es ist höchste Zeit, die Frage zu stellen, ab welchem Punkt die Risiken einer Technologie gesellschaftlich, wirtschaftlich und ethisch untragbar werden. Bei der Atomenergie ist dieser Punkt offensichtlich schon lang überschritten.

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de



Über 80 Prozent der amtlichen Strahlungsmessstationen (rote LED-Anzeige im Hintergrund) zeigen einen viel zu geringen Wert an.



Fensterscheibe eines TEPCO-Busses, der Arbeiter von ihrer Schicht aus dem Atomkraftwerk Fukushima Daiichi zurückbringt.

FUKUSHIMA 360°

Der Gartower Umweltjournalist Alexander Neureuter hat sich nach seinen Tschernobylreisen erneut auf Spurensuche begeben. Diesesmal begleitete er Menschen in Fukushima – teilweise vom Aufstehen bis zum Schlafengehen – und erlebte unmittelbar, welche tief greifenden und unumkehrbaren Veränderungen der Atomunfall für den Einzelnen gebracht hat. Neureuters Buch *Fukushima 360°* zeigt in 44 Foto-Reportagen die Herausforderungen und Schwierigkeiten der Menschen in ihrem neuen Leben nach Fukushima, berichtet über Verzweiflung und Hoffnung und beschreibt die Träume auf eine bessere Zukunft. Außerdem dokumentiert es das herausragende Engagement einzelner Menschen, die selbstlos über sich hinauswachsen, und erläutert die Skrupellosigkeit eines alt-eingesessenen Systems aus Politikern, Beamten, Ärzten, Medien, organisierter Kriminalität und Industriekonzernen, für

die ein einzelnes Menschenleben nicht sehr viel zählt. *Fukushima 360°* ist ein umfassend recherchierter 360-Grad-Rundumblick über die Folgen des Atomunfalls und besticht durch seine Mischung von berührenden Reportagen, eingängigen Zitaten und großformatigen Fotos. Zusätzlich erklären faktenorientierte Hintergrundberichte und Karten in leicht verständlicher Form die politischen, historischen, technischen und sozialen Ursachen der Atomkatastrophe.

Kurz: Eine spannende, umfassende und bewegende Dokumentation zur aktuellen Frage, ab welchem Punkt die Risiken einer Technologie gesellschaftlich, wirtschaftlich und ethisch untragbar werden.

Alexander Neureuter: *Fukushima 360° Das atomgespaltene Leben der Opfer vom 11. März 2011*

Foto-Reportagebuch mit 204 Seiten und 158 meist großformatigen Farbfotografien (ISBN 978-3-00-044733-4)

Preis: 29,80 Euro, davon gehen 2 Euro an die Fukushima Collaborative Clinic

Erhältlich im BI-Büro, beim Autor unter www.neureuters.de, in allen Buchhandlungen oder bei Amazon



Ein Vierteljahrhundert bei Wind und Wetter

Ob bei Sonne, Regen, Sturm oder Schnee – seit einem Vierteljahrhundert wird an jedem Sonntag um 14 Uhr im Wald nahe dem sogenannten Erkundungsbergwerk bei Gorleben eine Andacht gehalten. Die Ökumenische Initiative Gorlebener Gebet hat einen festen Platz innerhalb der Widerstandsgruppen gegen die Atomanlagen. Die Andachten werden jeweils von Gruppen oder Einzelpersonen vorbereitet. In Texten, Liedern und Gebeten kommen Klagen und Ängste zum Ausdruck. In der Gemeinschaft wachsen aber auch die Hoffnung und Bereitschaft zum tatkräftigen Einsatz. Gelegenheit für persönliche Begegnungen bietet das anschließende Kaffeetrinken im Gasthaus Wiese in Gedelitz.

Große Holzkreuze markieren den Platz, auf dem allsonntäglich das Gebet abgehalten wird. Sie sind auf Kreuzwege nach Gorleben getragen worden: 1985 von Krümmel, 1988 von Wackersdorf, 2001 entlang der Castortransport-Strecke von Lüneburg und 2012 vom Schacht Asse. Auf dem Weg zum runden Geburtstag im



Sommer finden im April und Juni drei Seminare unter dem Motto „Spiritualität und politische Verantwortung im Widerstand“ und am 29. Juni in Kooperation mit allen Gorleben-Widerstands-Initiativen ein „Widerstands-Marathon“ rund um den Schwarzbau statt. Denn wenn sich seit vielen Jahren – und ohne eine

einzigste Unterbrechung – Menschen aus verschiedenen Religionen und Kulturen und mit oder ohne Kirchenzugehörigkeit in dem gemeinsamen Eintreten für den verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung und für den Frieden versammeln, dann ist das schon ein Innehalten wert.

Leoni Renk

Alle Seminare finden statt im **Tagungshaus Laase**, Tel.: 05882 - 98 79 30, Web: www.tagungshaus-laase.de

4. - 6. April: *Widerständige Texte interreligiös ausgelegt* mit Jalda Rebling, jüdische Kantorin aus Berlin,

11. - 13 April: *Widerstand und Spiritualität am Beispiel der Landlosen-Bewegung in Brasilien* mit Pastorin Claudete Beise Ulrich, zzt. Gastdozentin an der Uni Hamburg

2. - 4. Juni: (während der KLP) GFK-Seminar *Gewaltfrei denken, fühlen und handeln*, Gesellschaftliche Veränderungen mit gewaltfreier Kommunikation bewirken - nach Marshall Rosenberg, mit Gabriele Seils, GFK-Trainerin, Berlin

KURZNACHRICHTEN AUS DER BI

Aktionen und politische Arbeit

Am 1. Januar kamen rund 80 Menschen zusammen, um vor dem Zwischenlager in Gorleben mit Sekt und heißen Getränken den ungebrochenen Kampfgeist für ein weiteres Jahr einzuleiten. Dieser traditionelle Neujahrsempfang der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) begann mit einer Ansprache von BI-Sprecher Wolfgang Ehmke und dem Vorsitzenden Martin Donat und endete mit einer heiteren Umrundung der Gorlebener Anlagen.

Die Initiativen an den Atomstandorten in Niedersachsen trafen sich am 20. Januar in Hannover zur Aktion „Super-GAU“. Nach einem Jahr rot-grüner Landespolitik wurde der niedersächsischen Regierung ein „Amtszeugnis“ überreicht, in dem die Atomkraftgegner ihre Kritik verdeutlichten: Bisher habe sich nichts geändert, so lautete die nüchterne Bilanz (s. Bericht S. 16).

Im Gedenken an die Katastrophe von Fukushima fand am Montag, dem 27. Januar, die 150. Mahnwache in Dannenberg statt. Rund 40 AKW-Gegner/-innen trafen

sich – wie seit dem Super-GAU jeden Montag – um 18 Uhr auf dem Marktplatz. Von größeren „Festakten“ wurde abgesehen, da der Anlass nun mal keinen Grund zum Feiern gibt.

Die ökologische Filmreihe der BI wurde auch im Februar fortgesetzt. Am Abend des 4. Februar wurde der Film „Frisch auf den Müll“ gezeigt, der sich mit der Nahrungsmittel-Überproduktion beschäftigt. Wolfgang Ehmke und Torben Klages von der BI sind für ein Fachgespräch mit Landesumweltminister Stefan Wenzel (Grüne) über die PKA am 7. Februar im niedersächsischen Umweltministerium in Hannover gewesen (s. Bericht S. 17).

Am darauf folgenden Samstag, dem 8. Februar, fand die diesjährige, gut besuchte Atommüllkonferenz (AMK) in Kassel statt. Einige Vertreter/-innen der BI nahmen daran teil, die Rechtsanwältin und Mediatorin Ulrike Donat gehörte zu den Referentinnen (s. ihren Bericht S. 4).

Mitte Februar war der Vorsitzende der BI, Martin Donat, zum zweiten Mal in Japan, um an der sogenannten Witness-Tour teil-



zunehmen. Ziel der Tour ist es, die amtierende japanische Regierung von einem kompromisslosen Atomausstieg zu überzeugen.

Beteiligt hat sich die BI darüber hinaus am Protest gegen Nazis im Wendland. Sie arbeitet darüber hinaus auch weiterhin an der *Kampagne gegen Atomtransporte* und an der neuen *Kampagne Castor 2015 stoppen!*

Anja Meyer

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

UNSERE GESCHICHTE – UNSERE ZUKUNFT

von Asta von Oppen



Wenige Schritte vom Büro der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) entfernt hat das Gorleben Archiv seine Räume. Diese geografische Nähe entspricht einer politischen Verbundenheit der beiden Vereine, obwohl beide – auch finanziell – unabhängig voneinander agieren. Während die BI sich ums Tagesgeschäft kümmert, bewahrt und vermittelt das Gorleben Archiv die Geschichte und Geschichten des wendländischen Widerstands.

Die Befürworter von Gorleben als Standort für die Lagerung des Atom Mülls stricken seit Jahren an der Legende, der Salzstock im Wendland sei in einem ergebnisoffenen, transparenten Verfahren mit öffentlicher Beteiligung ausgewählt worden.

Die Originalakten im Gorleben Archiv in Lüchow widerlegen das eindeutig. In allen juristischen, politischen, ethischen und sozialen Bereichen kann mithilfe der Unterlagen und Materialien des Archivs sehr genau nachgewiesen werden, dass im Zusammenhang mit Gorleben alles versucht wurde, sich des Standorts zu bemächtigen, sprich: ihn mit Macht durchzusetzen und an ihm festzuhalten. So ist es kaum verwunderlich, dass einiges, was in den vergangenen Jahren im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben (PUA) zur Sprache kam, hier „ausgegraben“ und aufbereitet wurde: in dem verwinkelten Haus in der Lüchower Rosenstraße.

Nach einem Besuch der BI in ihren eher kleinen, gemütlichen Räumen, überrascht das Archiv mit seinen ausgedehnten Flächen. 37 Jahre Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben bedeuten Unmengen von Materialien, die entsprechend viel Raum und finanzielle Mittel in Anspruch nehmen. Der Verein finanziert sich allein durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Obwohl das Gorleben Archiv auch der Bürgerinitiative zuarbeitet, be-

deutet eine Mitgliedschaft in der BI keine automatische Unterstützung des Archivs.

Herzstück der Sammlung sind die persönlichen Unterlagen der zentralen Person des Gorleben-Widerstands: Marianne Fritzen. Sie hat seit Beginn der Auseinandersetzungen tausende Presseartikel, Stellungnahmen, Gutachten und Gegengutachten, Referate und Fotos minutiös gesammelt und dem Archiv zur Verfügung gestellt. Mehr noch: Sie hat den Aufbau und Ausbau des Archivs in den letzten Jahren zu ihrer Lebensaufgabe gemacht.

Ständig werden große, oft verstaubte Kartons im Archiv angeliefert. Die Mitarbeiter/-innen des Gorleben Archivs ahnen, dass auf Böden und in Kellern, in Truhen und Regalen noch unendlich viel Material lagert.

Schon jetzt verwalten sie rund 10 000 archivierte Fotos plus eine Vielzahl, die noch nicht erfasst wurde. 583 Stunden Filmmaterial in 350 Video-Titeln sind digitalisiert und indexiert. Die Bibliothek umfasst 1 500 Bücher und unzählige Zeitschriften. Tausende von Dokumenten wurden bereits mit Schlagworten versehen und in sogenannten Findbüchern aufgenommen.

Aber es gibt im Gorleben Archiv nicht nur Akten, die in zukünftigen politischen und juristischen Auseinandersetzungen von Bedeutung sein könnten. Die Räume des Archivs beherbergen auch viele Unikate, die herzerwärmende und spannende, bisweilen gar gruselige oder lustige Geschichten vom Kampf der Menschen gegen die Übermacht von Staat und Atommafia erzählen. So ist zum Beispiel die Plakatsammlung in ihrer Gesamtheit ein Spiegelbild dieser größten sozialen Protestbewegung in der Nachkriegszeit, die Mut macht und Aufforderungscharakter hat, in der Auseinandersetzung nicht aufzugeben. Doch nicht nur das Bewahren der Geschichte ist Aufgabe des Ar-

chivs. Mindestens genauso wichtig ist die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen. Da werden Presseanfragen beantwortet, Interviews für Studenten und Doktoranden vermittelt und andere Initiativen mit Informationen versorgt.

Und so schließt sich der Kreis: Während die BI und viele andere Widerstandsgruppen durch ihre tägliche Arbeit permanent auch „Geschichte“ produzieren, befeuert das Gorleben Archiv genau diese Arbeit mit allem, was für die Zukunft aus der Geschichte gelernt werden kann.



Zukunft durch Vergangenheit

Der Verein Gorleben Archiv e. V. hat mit Unterstützung durch Europäische Fördergelder (LEADER+) 2002 seine Arbeit aufnehmen können. Inzwischen ist das Archiv allein auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Eine Mitgliedschaft allein in der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg führt übrigens nicht zur Unterstützung des Archivs. Darum die Bitte: Werde Mitglied oder spende für das Gorleben Archiv, damit auch weiterhin mit Vergangenheit Zukunft gestaltet werden kann.

KONRAD BRÖCKELT WEITER

von Ursula Schönberger



Das Ausmaß des Sanierungsbedarfes auf der Schachtanlage KONRAD ist erheblich und hat nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch den Betreiber, das Bundesamt für Strahlenschutz (Bfs), überrascht. Der Zeitpunkt einer Inbetriebnahme ist nicht absehbar. Das hat weitreichende Folgen – auch für Gorleben.

Nach übereinstimmender Auffassung aller Fachleute soll die Einlagerung von radioaktiven Abfällen in einem speziell dafür errichteten, neuen Bergwerk vorstatten gehen. Schacht KONRAD, das Lager, das über 90 Prozent des radioaktiven Abfallvolumens der Bundesrepublik aufnehmen soll, ist jedoch eine alte Eisenerzgrube. Das sei irrelevant, so das BfS, denn die Kammern, in denen später der Atomüll eingelagert werden soll, seien keine alten Gewinnungstollen, sondern würden in „unverritztem Gestein“ neu aufgefahren. Doch ganz so einfach ist es nicht, denn das Bergwerk selbst ist fast 50 Jahre alt und nicht für die Einlagerung von Atomüll, geschweige denn für die Ewigkeit gebaut. In beiden Schächten müssen vor einer Inbetriebnahme umfangreiche Sanierungsarbeiten und Erneuerungen vorgenommen werden, denn Förderanlagen und Mauerwerk sind alt, marode und brüchig. Das kostet Zeit, und bislang steht noch nicht einmal das Verfahren zur Sanierung fest. In Schacht 1 und Schacht 2 müssen neue Schachtförderanlagen eingebaut werden. Dafür braucht es Rohrkonsolen (Schacht 1) und Ankerkonsolen (Schacht 2), die in dem Schachtmauerwerk verankert werden müssen. Dieses Mauerwerk ist jedoch brüchig, die Fugen weisen deutliche Lücken auf. Die bergrechtliche Genehmigungsbehör-

de, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), hat in seiner Genehmigung für die Einbauten ausdrücklich festgelegt: „Die Konsolen dürfen nur eingebaut werden, wenn die ausreichende Tragfähigkeit des Mauerwerks gemäß statischer Berechnungen nachgewiesen und vom Sachverständigen bestätigt ist. (...) Überschreiten nicht tragfähige Bereiche einen Radius von 0,5 Meter um einen vorgesehenen Konsolenstandort, ist das Mauerwerk bis in voll tragfähiges Mauerwerk zu sanieren.“

Mit den Einbauten der Spurlattenkonsolen wurde planmäßig im Mai 2012 in Schacht KONRAD 1 im südlichen Teil begonnen. Dabei stellte der Sachverständige des LBEG fest, dass die Tragfähigkeit des Mauerwerkes nicht gegeben ist. Pro Schachtseite handelt es sich um 400 Aufnahmepunkte, von denen die überwiegende Zahl sanierungsbedürftig ist. Nachdem der Sachverständige des LBEG zuerst den Austausch des Mauerwerks gefordert hatte, soll jetzt das Ausfräsen und Neuverfüllen der Fugen als Standsicherheitsmaßnahme ausreichen. Das ist weniger zeitaufwendig und billiger. Allerdings könne man so nur im südlichen Teil vorgehen. Für den nördlichen Teil desselben Schachtes 1 fordert der Sachverständige erst weitere Berechnungen des Bfs, bevor er dasselbe Vorgehen für zulässig erklären will. Die Untersuchungen zu Schacht 2 stehen noch aus, ebenso wie eine belastbare Zeit- und finanzielle Planung für die Sanierungsarbeiten. Auch untertage sind aufwendige Sanierungsmaßnahmen notwendig. Der Füllort bei Schacht 2 – die geplante „Ankunftshalle“ des Atomülls – muss erheblich vergrößert und die Einlagerungstransportstrecken aufgefahren werden.

Hier gibt es jedoch starke Konvergenzen, die das Einbringen von 18 Meter langen Ankern und von „Konvergenzfugen“ erforderlich machen. Schließlich sollen diese Tunnel und Hohlräume weit mehr als 40 Jahre, während des gesamten Einlagerungsbetriebes, offen bleiben. Dieses Verfahren ermöglicht jedoch nur einen Vortrieb von zwei Metern im Monat. Kurzum: Die Fertigstellung des Schachts KONRAD als Atomülllager erscheint fraglich, ein Termin zur Inbetriebnahme ist nicht abzusehen.

Die bröckelnde Aussicht auf die Inbetriebnahme des Schachts KONRAD hat schon jetzt erhebliche Rückwirkungen. Ursprünglich wurde das Jahr 2014 für den Start der Lagerung von Müll in dem ehemaligen Erzbergwerk genannt. Jetzt heißt es, die Einlagerung könne nicht vor 2022 beginnen. Gleichzeitig fallen anderenorts Abriss- und Betriebsabfälle aus AKWs an, die nun über Jahrzehnte zwischengelagert werden müssen. Auch die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) zögert, ihren Antrag für den geplanten Bau einer neuen Konditionierungshalle in Gorleben, in der der Atomüll „konradgängig“ konditioniert werden soll, einzureichen. Weitere auf KONRAD fokussierte Projekte sind ebenfalls betroffen. Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD fordert darum:

„Es ist Zeit, das Projekt Schacht KONRAD endgültig zu stoppen und eine umfassende Atomülldebatte zu führen. Es ist völlig falsch, allein die Lagerung hochradioaktiver Abfälle in der Endlagerkommission zu debattieren. Alle Projekte gehören auf den Prüfstand.“

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de



CASTOREN DURCH DIE HINTERTÜR NACH GORLEBEN?

von Wolfgang Ehmke

Aktuelle Kampagne
bi-luechow-dannenberg.de



Die Gorleben-Geschichte ist reich an Beispielen, wie die Bevölkerung über wahre Absichten bei der Realisierung eines Nuklear-Komplexes getäuscht wurde. Jetzt droht ein weiteres Beispiel hinzuzukommen, denn es gibt eine Lücke im Atomgesetz. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) startet darum eine Kampagne für einen umfassenden Transportestopp.

Bis Mitte dieses Jahres wollen Bund- und Ländervertreter klären, wo die restlichen 26 Castoren, die aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafield und Cap de La Hague ab 2015 zurückgenommen werden müssten, verbleiben sollen. Gorleben als Zielort für weitere Castortransporte scheide aus, versprach Peter Altmaier (CDU), versprach Rot-Grün in Hannover, das sei auf dem Hintergrund der angeblichen neuen Endlagersuche eine Frage des Vertrauens. Gorleben solle nicht weiter als Endlagerstandort zementiert werden. Mit der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes (StandAG) würden die Transporte abgebrannter Brennelemente aus Atomkraftwerken ins Zwischenlager Gorleben eingestellt, hieß es im März 2013 in dem Vorschlag, den Altmaier und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) gemeinsam in Berlin präsentierten. Noch geplante Transporte würden auf andere Zwischenlager verteilt. Aus dem politischen Druckkessel Gorleben sollte Dampf abgelassen werden. Doch die Novelle des Atomgesetzes erfolgte im Gleichschritt mit der Verab-

schiedung des StandAG. Gesetzesänderung, die weitere Transporte nach Gorleben ausschließen sollte, enthält jedoch eine Lücke. Das geht aus einem Kurzgutachten von Greenpeace hervor, das der Diplomphysiker Wolfgang Neumann (intac) verfasste. „Verfestigte Spaltproduktlösungen“ sollten in kraftwerksnahen Zwischenlagern aufbewahrt werden heißt es im novellierten Gesetzestext. Die fünf Castoren aus La Hague enthalten zwar Spaltprodukte, aber keine Spaltproduktlösungen. Es handelt sich hier um verfestigte Dekontaminations- und Spülwässer, das sind zwar auch wärmeentwickelnde Abfälle, aber eben keine Spaltproduktlösungen.

Wolfgang Neumann erklärt: „Es handelt sich quasi um Sekundärabfälle, die zum Beispiel beim Reinigen von Komponenten anfallen. Bei den Kokillen mit mittelaktivem Abfall (MAW) tritt praktisch keine Neutronenstrahlung auf, und die Gammastrahlung beträgt weniger als ein Zehntel von hochradioaktivem Abfall (HAW).“ Das ist immer noch heftig: 100 Mal das Inventar der Asse II in einem Behälter. Da im Gesetzestext ausdrücklich „Spaltproduktlösungen“ steht, können Dekontaminations- und Spülwässer nicht davon erfasst sein, warnt der Wissenschaftler.

Ob diese Formulierung im Gesetzestext eine Unachtsamkeit war oder bewusst so hineingeschrieben wurde, spielt jetzt keine Rolle mehr. Von der niedersächsischen Landesregierung wie von der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) erwartet die BI nun Rückgrat.

Es reichen – auf dem Hintergrund von über 30 Jahren Lug und Trug – keine politischen Absichtserklärungen mehr, der Gesetzestext muss novelliert werden.

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) beziehungsweise die Brennelementlager Gorleben GmbH (BLG) hatten schon mit Schreiben vom 2. und 10. Februar 2012 beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) nach § 6 des Atomgesetzes (AtG) die Aufbewahrung von verfestigten und mittelradioaktiven Abfällen (MAW-Glaskokillen) in Transport- und Lagerbehältern der Bauart CASTOR HAW28M im Transportbehälterlager Gorleben beantragt. Geplant war dieser Transport für das Jahr 2015. Ab dem Jahr 2016 sollten die 21 Behälter aus Sellafield in ein kraftwerksnahes Zwischenlager verbracht werden. Die GNS winkt inzwischen ab, umso wichtiger bleibt, dass der Gorleben-Widerstand auf die Gesetzesänderung beharrt.

Die Reaktion der BI bleibt dran: Sie startet eine Unterschriftenkampagne unter dem Titel Castor 2015 verhindern – jetzt! Es müsse Schluss sein mit den Castortransporten nach Gorleben oder anderswo. Im Aufrufertext heißt es:

„Solange die Endlagerfrage nicht geklärt ist, fordern wir, dass der angefallene Atom-müll bleibt, wo er ist. Gorleben muss raus aus dem Standortauswahlgesetz, um den Weg frei zu machen für eine faire und ergebnisoffene Atommülldebatte.“

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

DER SUPER-GAUL

von Wolfgang Ehmke



Die Initiativen an den Atomstandorten in Niedersachsen haben zum ersten Amtsjahr des grünen Umweltministers Stefan Wenzel ein gemeinsames Fazit gezogen. Mit einer Aktion vor dem Umweltministerium und der Übergabe eines „Amtszeugnisses“ verbanden die Anti-Atom-Initiativen ihre Kritik.

Das hatten die Beamten des Landesumweltministeriums in Hannover noch nicht gesehen: Vor einem roten Hintergrund springt das Skelett eines Pferdes in die Höhe. Niedersächsische Anti-Atom-Initiativen haben in Umwandlung des niedersächsischen Wappentiers, des springenden weißen Rosses, vor dem Amtssitz des Umweltministers Stefan Wenzel (Grüne) den „Super-GAUL“ platziert. Bisher habe sich nichts geändert, so lautet die nüchterne Bilanz.

„Wenzel hat – im Unterschied zu seinen Amtsvorgängern Hans-Heinrich Sander und Stefan Birkner (beide FDP) – eine profunde Kenntnis der Probleme. Er sucht das Gespräch, am Ende aber ist entscheidend, wie gehandelt wird. Da sind wir enttäuscht“, sagte Wolfgang Ehmke für die



Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Es sei dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) und Stefan Wenzel zwar gelungen, das Standortgesetz mit der Endlagerkommission mit einem Hauch von Beteiligung der Zivilgesellschaft und Offenheit zu garnieren. Die Kernforderung, Gorleben wegen der geologischen Probleme endlich fallen zu lassen und damit endlich ein offenes und faires Suchverfahren einzuleiten, wurde jedoch aufgegeben.

Das habe gravierende Folgen, denn statt einer neuen Endlagersuche kreise nun zwei Jahre lang die Debatte offen oder

versteckt doch nur um Gorleben, so die BI. Bisher seien noch nicht einmal die Ur-Altlasten des Gorleben-Prozesses getilgt, die auf einen Plan B der CDU/CSU hindeuten: das Planfeststellungsverfahren aus dem Jahr 1977, der Trick aus dem Jahr 1983, ohne Eröffnung eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens durch einen bergrechtlichen Rahmenbetriebsplan in Gorleben Fakten zu schaffen. Das sei immer noch nicht ausgeräumt.

Wolfgang Ehmke: „Gorleben ist immer noch Zielort für Atommülltransporte ins

weitere Infos im Internet

www.gorleben-rundschau.de



Fasslager und bietet eine – durchaus angreifbare – nukleare Infrastruktur mit der Pilot-Konditionierungsanlage, die nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Und das novellierte Atomgesetz enthält eine Lücke, die fünf Castor-Behälter aus La Hague mit mittelaktiven Abfällen könnten im Jahr 2015 in Gorleben eingelagert werden. Jetzt erwarten wir von Rot-Grün in Hannover mehr als gutes Zuhören und Absichtsbekundungen, es muss gehandelt werden.“

WAS IST NIESA?

Ein neuer Begriff geistert durch die Anti-Atom-Bewegung: NIESA.

Die Abkürzung steht für „Niedersächsisches Standorttreffen“. Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad trafen sich bereits 2013 mehrere niedersächsische Gruppen, um über das weitere Vorgehen vor dem Hintergrund der neu gebildeten rot-grünen Landesregierung zu beraten.

Anfängliche Treffen in Hannover, die zur Vorbereitung eines gemeinsamen Gespräches mit dem Landesumweltminister Stefan Wenzel (Grüne) dienten, weiteten sich schnell zu standortbezogenen Treffen aus, bei denen sich die Initiativen ein Bild über die Probleme vor Ort machen konnten. Der zentralen Aussage der von verschiedenen Initiativen im Herbst vor-

gelegten „Bestandsaufnahme Atommüll“ (sogenannter Sorgenbericht) folgend, dass es nicht einzig noch der Lösung um die Langzeitlagerung wärmeentwickelnden Atommülls bedarf, steht der Zusammenschluss der niedersächsischen Initiativen für klar definierte Ziele: Das Treffen nimmt sich aller niedersächsischen Atommüllstandorte an und benennt und bearbeitet die Probleme, die vorrangig die landespolitische Ebene betreffen. Es bemüht sich besonders um eine mediale Gleichstellung der weniger bekannten Atommüllstandorte in Niedersachsen und sensibilisiert alle Gruppen, verhindert ein gegenseitiges „Ausspielen“ und sorgt für höhere Fachkenntnis und eine breitere, öffentliche Wahrnehmung. Was sich an dieser Stelle als

völlig selbstverständlich liest, ist in Wahrheit ein Novum in 40 Jahren Anti-Atom-Bewegung in Niedersachsen.

NIESA ermöglicht den Initiativen erstmals ein gemeinsames Vorgehen auf politischer Ebene, ohne dabei die tägliche Arbeit am eigenen Standort aus den Augen zu verlieren. Es ist ein zusätzliches Medium, in dem gemeinsam Ziele erreicht werden können, die über das standortbezogene Interesse hinausgehen. Die erste öffentliche, medienwirksame Aktion des Niedersächsischen Standorttreffens fand am 20. Januar vor dem Umweltministerium in Hannover statt (siehe Bericht Seite 16). Anlass war eine Bilanzierung der Arbeit der rot-grünen Landesregierung, die zu dem Zeitpunkt ein Jahr im Amt war. *Torben Klages*

PKA – QUO VADIS?

Kern und Bindeglied zwischen Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle und der möglichen Endlagerung im Gorleben Salzstock ist die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA). In dieser Anlage sollten Castor-Behälter geöffnet, die hochradioaktiven Abfälle herausgezogen und endlagerfertig verpackt werden. Abgebrannte Brennelemente sollten zerschnitten werden, um sie „endlagerfertig“ zu verpacken. Es gibt sogar schon Pläne für den Bau einer Gleisanlage...

Die PKA verschafft Gorleben einen Infrastrukturvorteil, den kein anderer Standort in Deutschland hat, und führt auch in diesem Punkt das angeblich ergebnisoffene Endlager-Suchverfahren ad absurdum. Die Anlage wiegt bei einer abwägenden Entscheidung zwischen Gorleben und anderen Standorten durch ihre faktische Existenz und die Genehmigungslage schwer.

In einem Fachgespräch im niedersächsischen Umweltministerium in Hannover am 6. Februar trug Wolfgang Neumann (intac) die Kritik an der PKA vor. Er erläuterte, dass die PKA hauptsächlich dafür ausgelegt und gebaut wurde, um am Standort Gorleben Brennelemente aus kleinen Ila-Castoren oder NT11-Behältern in große Behälter zur weiteren Zwischenlagerung umzuladen und um Brennelemente aus Transport- und Lagerbehältern zu entnehmen und für die Endlagerung

im Salzstock Gorleben zu konditionieren. Das neue Standortauswahlgesetz (Stand-AG) sieht hingegen ein völlig neues Suchverfahren vor, in dem angeblich das Wirtsgestein, der Standort und die Einlagerungsbedingungen (beispielsweise rückholbar oder nicht) noch gar nicht feststehen. Folglich ergibt die PKA in ihrer jetzigen Bauart am Standort Gorleben überhaupt keinen Sinn, weil die Endlagerungsbedingungen für den später ausgewählten Standort (Salz, Ton, Kristallin) zu ganz anderen Einlagerungstechnologien und Ausgestaltungen der Abfallgebinde führen könnten. Es gibt heute schon neue Konzepte, für die die PKA nicht ausgerüstet ist. Zudem sind die Castoren heute sämtlich größer als bei Auslegung und Konzeption der Anlage gedacht, die Anlage entspricht nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik.

Die Hamburger Rechtsanwältin Dr. Michéle John hatte darüber hinaus für Greenpeace eine Expertise gefertigt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Betriebsgenehmigung der PKA erloschen ist, weil von ihr nie Gebrauch gemacht wurde.

Der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) hörte sich die Argumente der Gorleben-Gegner gut an und fragte interessiert nach. Er sagte nicht: „Die PKA wird stillgelegt.“ Er sag-



te: „Danke!“ Man werde prüfen. Im Übrigen gäbe es wichtigere Themen. Wir sagen: „Bitte!“ Alles, was Gorleben über die Festschreibung im StandAG zusätzlich „beschwert“, ist unser drängendes Thema. Wir lassen uns nicht abwimmeln. Fortsetzung folgt! *W. Ehmke*

In eigener Sache

Die Internetseite der Gorleben Rundschau ist kürzlich unter das Dach des Webauftritts der Bürgerinitiative geschlüpft. Sie bleibt aber weiterhin über www.gorleben-rundschau.de erreichbar. Auf Smartphones und Tablets kann sie künftig auch über folgenden QR-Code direkt erreicht werden.





KNOTENPUNKT IM WIDERSTANDS- NETZWERK

Jede/r im Wendland kennt sie, jede/r war schon bei ihr zu Hause. Jede/r liebt ihre unvergleichliche Pizza, und jede/r besucht ihre Mützingenta während der Kulturellen Landpartie. Aber Rosi Schoppe ist vor allem Inbegriff des wendländischen Widerstands. Von Anja Meyer

Als der damalige Innenminister Manfred Kanther die Gorleben-Gegner ein „unappetitliches Pack“ nannte, platzte vielen im Wendland der Kragen. Auch Rosi Schoppe. Schon als Sechzehnjährige hatte sie in ihrer Heimat in Oberfranken gegen Atomkraftwerke und gegen die Standortbenennung Gorlebens demonstriert. Sie war mit 15 aus ihrem streng katholischen und konservativen Dorf weggezogen und wohnte seit ihrem 19. Lebensjahr in einer Gemeinschaft, für die es damals noch kein anderes Wort als „Kommune“ gab, als sie ihre erste Hausdurchsuchung erlebte. Es waren die Zeiten der RAF, und „Kommunen“ standen unter Generalverdacht. Rosi hatte miterleben müssen, wie sie und ihre alternativen Freunde von den sogenannten „normalen Bürgern“ der Nachbarschaft angefeindet, ja fast angegriffen wurden. Und jetzt auch noch dieser Kanther! Doch der Ausspruch des Innenministers setzte Energie frei. Der Kunst schaffende Teil des „unappetitlichen Packs“ wollte der Öffentlichkeit ein ganz anderes Bild vom Wendland vermitteln, wollte zeigen, dass hier normale Menschen leben – mit Häusern und Höfen, mit Kindern und Tie-

ren. Die teilweise im Widerstand geborene Kunst sollte einer breiten, viel zu oft einseitig informierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Idee der Kulturellen Landpartie (KLP) war geboren, Ende der Achtzigerjahre wurde die Veranstaltung noch unter dem Namen *wunde.r.punkte* ins Leben gerufen. Heute, 25 Jahre später, ist die KLP ein kommerzieller Erfolg. Rosis eigene Veranstaltung während dieser Zeit heißt Mützingenta, angelehnt an den Ortsnamen Mützingen, und sie ist immer auch ein politisches Event. Hier hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) jedes Jahr zur KLP ihr Infozelt aufgebaut und durchgehend besetzt, hier werden Spendengelder gesammelt und neue Unterstützer/-innen gewonnen.

Den Rest des Jahres, dann, wenn der letzte Akkord der letzten Band von der Bühne der Mützingenta am Pfingstmontag in den Baumwipfeln verklungen ist, strömen weniger Besucher nach Mützingen. Doch für das bunte wendländische Volk bleibt Rosis Zuhause den ganzen Sommer über geöffnet: Man trifft sich jeden Mittwoch und Freitag zum Pizzaessen, hält Kontakt, tauscht sich aus und lernt neue Menschen kennen – ein wichtiger Knotenpunkt im wendländischen Netzwerk. Kaum eine Widerstandsaktion, die nicht zuvor bei einer Pizza Tricolore und einem Wendland-Bräu im wahrsten Sinne des Wortes „durchgekauft“ wurde.

Diese Funktion ihres Zuhauses als Knotenpunkt wurde Rosi, ihrer Familie und ihren Mitbewohnern 1997 zum Verhängnis. Damals kam es zu einer groß angelegten Hausdurchsuchung, kurz darauf stand fest: Der Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt hatten die Mützingen schon viele Monate lang überwacht. Auslöser waren Hakenkrallenschläge auf Anlagen der Deutschen Bahn. Bis zur Einstellung des Verfahrens wurden vom Verfassungsschutz insgesamt 16 Umzugskartons mit Akten gesammelt – ein bis dahin beispielloser Abhör- und Überwachungsangriff von Seiten des Staates.

Die Situation war für Rosi kaum auszuhalten. Das intimste Gespräch wurde belauscht, sie wurde auf Schritt und Tritt beobachtet, und selbst ihre beiden Kinder blieben nicht verschont. Trotzdem – nein, gerade deswegen – hatte sie sich schnell aus der Schockstarre befreit und sich kurz darauf in den BI-Vorstand wählen lassen.

Rosi war jahrelang Vorsitzende und hat in dieser Zeit viele Kontakte zu Initiativen an anderen Endlager-Standorten wie bei Krümmel und Asse und bis heute während Kontakte zu Greenpeace aufgebaut. „Es war eine gute, aber auch harte Zeit“, erinnert sie sich, „denn in einer solchen Funktion muss Mensch es aus-

halten, angefeindet zu werden von den verschiedenen Fraktionen des Widerstandes und bereit sein, Zeit zu investieren. Zeit wie für einen Vollzeitjob.“

Diese Zeit im Vorstand ist Vergangenheit. Doch Rosi Schoppe bleibt dem Gorleben-Widerstand natürlich erhalten, bleibt ein politischer Mensch. Wie könnte es anders sein, da es doch nie anders war in ihrem Leben.

Heute ist sie dankbar, im Wendland gelandet zu sein, weil hier ein buntes Miteinander verschiedenster Lebensentwürfe möglich ist. Und dafür steht Rosi: ein buntes Miteinander!

Fukushima mahnt!

Zum 3. Jahrestag der Katastrophe von Fukushima sind viele Aktionen angekündigt: Mit Montagsmahnwachen, Brückendemonstrationen und Umzingelungen von AKWs werden viele Menschen den Ereignissen vom 11. März 2011 in Japan gedenken. Die Fukushima-Mahnwache in Dannenberg, die Ende Januar zum 150. Mal stattfand, wird am Montag dem 10. März, unterstützt von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) eine Demonstration in Dannenberg durchführen. Die Versammlung wird nach der Kundgebung um 17 Uhr am Ostbahnhof durch die Innenstadt zum Marktplatz ziehen. Mit der Mahnwache um 18 Uhr wird sie ihren Abschluss finden.

Die BI bittet um rege Beteiligung und ruft alle auf, zur Demo eine Kerze mitzubringen. Während der Kundgebung wird der BI-Vorsitzende Martin Donat die Eindrücke seiner jüngsten Reise nach Japan schildern.

Kultur- und Protestmeile

Anlässlich des 28. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl wird es am 26. April erneut eine Kultur- und Protestmeile vor dem AKW Brokdorf geben. Das „Ding am Deich“ ist im Oktober 1986 als erstes Atomkraftwerk nach der Katastrophe ans Netz gegangen. In der Auseinandersetzung um den Bau des AKW erlebte die Republik 1981 mit 100 000 Teilnehmer/-innen die bis dahin größte Demonstration ihrer Geschichte. Die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg unterstützt den Aufruf, das AKW sofort stillzulegen – nicht erst 2021 – und wird am Aktionstag mit einem Infostand vor Ort sein.

Wir bitten alle Atomkraftgegner/-innen, am 26. April nach Brokdorf zu kommen: in Erinnerung an die Katastrophe von Tschernobyl, für einen bunten Protest und für die Abschaltung des AKW Brokdorf und aller Atomanlagen weltweit.



BLICKWEXEL

Die Themen Atomkraft und Widerstand sind im Wendland in den Köpfen vieler Menschen fest verankert. Sie zeigen ihren Protest an allen erdenklichen Stellen: beim Kinderspielzeug, auf Pullovern, Hausschuhen, Topflappen und handgemachten Fliesen, ja sogar auf dem eigenen Grab. Und die lange Zeit des Kämpfens hat nicht wenige von ihnen geprägt und gezeichnet. Mögen einige von ihnen im Laufe der Jahrzehnte auch noch so kauzig geworden sein – gerade sie sind es, die dem Widerstand immer wieder neuen Schwung geben und ihn auch über ruhige Phasen lebendig halten.

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

25 Jahre Kulturelle Landpartie

vom 29.05. bis 09.06.2014
im Wendland

2

Gasthof Meuchefitz: - Infopunkt - täglich

Standortauswahlgesetz - „Warum dieses Gesetz der falsche Weg ist“ und
"Widerstandsbilder" von Ingrid und Werner Lowin

3

Wunderpunkt Gadelitz: - Ausstellung - täglich

Gorleben geht gar nicht! 10 Fahnen Argumente

4

Mützingenta: - täglich

Info- und Verkaufszelt von 11.00 bis 19.00h



Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Sa. 31.05. ab 13.00h Aktionstag Gorleben Widerstand mit: gorleben365,

An 4 Orten präsent

Ein ganz wichtiger Anlaufpunkt ist in diesem Jahr bei **Gorleben**.

Direkt an den Atom-Anlagen haben wir unseren MMKW (Mobiler-Musik-Kampf-Wagen) platziert und bieten vom **29.05.-01.06.** und vom **06.06.-08.06.**, also an den Wochenenden, um **13, 15 und 17h** umfassende Vorträge rund um Gorleben und den Widerstand sowie „stilechte“ Erkundungsfahrten. Dabei wird mindestens einmal täglich mit einem Fachvortrag einer Arbeitsgruppe richtig ins Detail gegangen. Natürlich gibt es auch hier einen Infotisch und Erfrischungen. An den Sonntagen finden, wie immer, um 13h der Sonntagsspaziergang und um 14h das Gorleben Gebet statt.

Fachvorträge beim MMKW:

Do. 29.05. - 15.00h

EA - Wendland - „Solidarität statt Überwachung und Kriminalisierung“

Fr. 30.05. - 15.00h

Fachgruppe Radioaktivität - „Strahlung ist messbar!“

Fr. 30.05. - 17.00h

ecofox - „Über die Bedeutung internationaler Anti-Atom-Beziehungen“

Kurve Wustrow, X-tausendmal quer, EA, graswurzel.tv, cont.atom u

Buntes Programm mit Vorträgen, Aktionstraining und Musik von

DJ Flaco und politische Musiksatire von „Fortschritt“

So. 01.06. - 15.00h

BI (Wolfgang Ehmke) - „PKA - die vergessene Atomanlage“

Fr. 06.06. - 15.00h

contratom (Jan Becker) - „Atomausstieg? Alles Lüge!“

und 16.00h - 21.00h

graswurzel.tv - „Widerstandsfilme aus den vergangenen Jahren“

mit Poeten Punk von den Beat Poeten

Sa. 07.06. - 15.00h

BI (Martin Donat) und GREENPEACE -

„Kommission ODER öffentliche Debatte“

So. 08.06. - 12.00h bis 16.00h

Salinas informiert

NEU & EXCLUSIV bei uns erhältlich



Pin Wendlandsonne
mit Butterfly-Verschluss
Edelstahl, 15mm Ø

MEHR
im Internet

Aufnäher, Aufbügler
gelber Canvas,
bestickt, 60mm Ø



Spendenkonto

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de